



Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, am Sonntag und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt für sechs Monate 100 Mark, für ein Jahr 180 Mark, für drei Jahre 500 Mark. Bei Vorzahlung des Jahrespreises wird ein 10% Ermäßigung bewilligt. Die 'Freiheit' ist in alle Länder des Deutschen Reichs und in die Auslandspostämter eingeschrieben. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Nordens 2895 und 2896.

Jahrespreis 180 Mark, halbjährlich 100 Mark, vierteljährlich 55 Mark. Bei Vorzahlung des Jahrespreises wird ein 10% Ermäßigung bewilligt. Die 'Freiheit' ist in alle Länder des Deutschen Reichs und in die Auslandspostämter eingeschrieben. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Kurt Nordens 2895.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Montag, den 24. Februar 1919

Nummer 98

Sozialistische Gemeindemehrheiten.

Die Gemeindewahlen.

Die Beteiligung an den Gemeindewahlen ist weit hinter der Beteiligung an den Wahlen zur preussischen Nationalversammlung zurückgeblieben. Ansammlungen vor den Wahllokalen waren nirgends zu sehen. Obwohl für die Gemeindewahlen nicht soviel Klänge gemacht wurde, wie für die vorhergehenden Wahlen zur Nationalversammlung, hätten die Wähler doch aus eigenem Antrieb in größerer Anzahl aufmarschieren müssen, denn die Aufgaben, die insbesondere die Sozialdemokratie in den Gemeindeverwaltungen zu erfüllen hat, sind ebenso groß, wie die Aufgaben in den gesetzgebenden Parlamenten.

Obwohl sich das Endergebnis für Berlin noch nicht übersehen läßt, steht im Augenblick doch soviel fest, daß in Berlin eine sozialistische Mehrheit ins Rathaus einzuziehen wird. Die Wahlbeteiligung war schwächer als sonst, zwischen 40 und 60 Prozent.

Soweit die Ergebnisse aus den Vororten vorliegen, so häufen sich die Meldungen über sozialistische Gemeindemehrheiten. In Reinickendorf hat unsere Partei allein die absolute Mehrheit der Wähler. Im Augenblick, wo wir das Blatt abschließen müssen, bringt der Fernsprecher neue Meldungen gleicher Art. Die Reichssozialisten haben überall große Stimmenverluste erlitten. Die U. S. P. D. hat ihre Stimmenzahl im wesentlichen gehalten.

Berlin, 23. Februar. B. I. V. meldet: Die Wahlbeteiligung bei den Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin war durchschnittlich um 25 Prozent geringer als bei den Wahlen zur preussischen Landesversammlung. Am meisten haben eingebüßt die Stimmenzahlen der Reichssozialisten und die rechtsstehenden Parteien, während die Demokraten und Unabhängigen am besten abgeschnitten haben. Die Reichssozialisten erhielten in Berlin nach den vorläufigen Feststellungen: 233 685 Stimmen, die Unabhängigen 181 201, die Demokraten 96 891, die Deutsch-Nationalen 67 109, die Christliche Volkspartei (Zentrum) 29 721 und die Deutsche Volkspartei 29 804 Stimmen.

Leitersprüche.

In Berlin wurde uns gestern teilweise nach Wahltag das Ergebnis übermittelt. Es geben die uns zugegangenen Resultate wieder: einen Schluß auf das Gesamtergebnis lassen sie nicht zu. Über einstimmend wird aber überall geringere Wahlbeteiligung gegen die letzten Wahlen gemeldet; in manchen Bezirken wählten keine 40 Prozent.

1. Wahlkreis.

6., 7., 8., 9. Stimmbezirk: Dr. Weß (U. S. P. D.) 511, Heimann (M. A. R. S.) 848, Riedel 306, Erceliter 284, Wege 564, Raumann 686, ungültig 15.

14. Stimmbezirk (Vandiererei): U. S. P. D. 22, S. P. D. 92, Dem. 80, Volksp. 87, Nat. 119, Zentrum 52.

15., 16., 17., 18. Stimmbezirk: U. S. P. D. 99, S. P. D. 554, Dem. 506, Volksp. 254, Nat. 454, Zentr. 168.

4. Wahlkreis.

16. Abteilung: U. S. P. D. 1795, S. P. D. 1415, Volkspartei 190, Christl. 92, Deutschnall. 841, Dem. 580, ungültig 10.

6. Wahlkreis.

1. Abteilung: U. S. P. D. 2260, S. P. D. 2780, Volkspartei 859, Zentr. 876, Natl. 1306, Dem. 1844.

7. Abteilung: U. S. P. D. 5583, S. P. D. 5088, Volksp. 719, Christl. 481, D. Natl. 949, Schwabn 8, Demokraten 1568, gesplittet 15.

Sozialdemokratische Gemeindemehrheiten.

Folgende Gemeinden haben bei den gestrigen Wahlen sozialistische Gemeindemehrheiten erhalten:

Adlershof: Von 21 Gemeindevorstellern entfielen auf die U. S. P. D. 10, auf die S. P. D. 5 und auf die Bürgerliche 6 Vertreter.

Alt-Ostende: Gewählte Vertreter: U. S. P. D. 5, S. P. D. 6, Bürgerliche 4.

Vorligowalder-Wittenau: U. S. P. D. 2072, S. P. D. 1181, Bürgerliche 917.

Britz: U. S. P. D. 1951, S. P. D. 9478, Bürgerliche 1617.

Ordnung: U. S. P. D. 201, Reichssozialisten 907, Bürgerliche 721.
Nichtenberg: U. S. P. D. 27 488, S. P. D. 23 501, Bürgerbund 13 215.
Nieder-Schönewalde: U. S. P. D. 1719, S. P. D. 1667, Demokraten 929, Reichsblod 800.
Nowawes: U. S. P. D. 4287, S. P. D. 3145, Demokraten 1749, Konserwatve 1485, Christl. 832.
Reinickendorf: U. S. P. D. 9580, S. P. D. 5371, Bürgerliche 4087. Die U. S. P. D. hat allein 19 Vertreter von 36.
Tropitz-Neumühlentoweg: U. S. P. D. 4563, S. P. D. 6347, Demokraten 2890, Bürgerliche 2970.

Die neue Regierung in Bayern.

München, 23. Februar. (Privattelegramm der 'Freiheit'.) Die Verhandlungen über die Ergänzung der Regierung sind im Gange. Von den bisherigen Ministern bleiben voraussichtlich im Amt: Unterleutner, Soziales; Hoffe, Finanzen; Timm, Justiz; Hoffmann, Kultus; Frauendorfer, Verkehr. Der Kultusminister Hoffmann soll zugleich auch das Ministerpräsidium erhalten, das Janere wird einstweilen, bis zur Genesung von Kuer, von Segitz verwaltet werden.

Das Ministerium des Inneren soll Dr. Mühlson oder Professor Bilh, Förster erhalten.

Das militärische Ministerium übernimmt Minister Simon, der zweite Vorsitzende des Landesoldatenrates oder Richard Scheib, bisheriger Regierungsvertreter beim Generalkommando. Das neugegründete Landwirtschaftsministerium wird Dirr (Wauernbund) übernehmen.

Wie wir weiter erfahren, wird jedes Ministerium einen sozialistischen Unterstaatssekretär erhalten. Für das soziale Unterstaatssekretariat wird genannt Gasteiger (Reichssozialist), für Justiz Süßheim oder Sanger, Landwirtschaft Wupelhofer.

Keine Provokationen.

Es scheint, daß die weißen Garde wieder nach Arbeit suchen. Es gehen Gerüchte durch die Zeitungen, daß in Berlin Anreden zu erwarten seien und Fußschießungen würden, kurz, es wird wieder jene Stimmung gemacht, in der jede Gewalttätigkeit als notwendige Abwehr hingestellt werden kann.

Wir wollen also andrücklich sagen, daß sich die Arbeiterschaft nicht von ihren Feinden provozieren lassen wird. Wir wissen, daß die Reaktion jetzt nach jeder Gelegenheit sucht, die Arbeiter vor die Wehren der weißen Garde zu bringen. Die unabhängige Sozialdemokratie denkt gar nicht daran, ihren Gegnern diesen Gefallen zu erweisen und deshalb werden sich ihre Anhänger auch nicht an angeleglichen Demonstrationen beteiligen.

Ein neuer Gewaltakt.

Sonntag morgen gegen 7 Uhr erschienen in Kottbus Regierungssoldaten und hießen den dortigen Soldatenrat aus. Die Kaserne des 52. Infanterie-Regiments wurde von Truppen umstellt, die schwer bewaffnet waren. Artillerie, Minenwerfer, Flammenwerfer und Maschinengewehre waren aufgeführt. Nachdem die weiße Garde einige Schreckschüsse abgegeben hatte, drang sie in die Kaserne ein und verhaftete den Soldatenrat und die Vertrauensleute des Regiments. Die Mannschaften waren vollkommen überrascht. Sie lagen zum größten Teil noch in den Betten. Auch der Soldatenrat der Kottbuser Pfliegertruppe ist verhaftet worden.

Ein ähnlicher Grund zum Einschreiten lag nicht vor. Aber die Kottbuser Garnison hatte den Erlaß des Kriegsministers über die Kommandogewalt nicht anerkannt und sah gegen die Freiwilligenkorps gewandt. Sie behielt ihre selbstgewählten Führer bei, wodurch sie sich den Haß der reaktionären Offizierskaste zuzog, die die Wiedereinführung der alten militärischen Disziplin herbeiwünscht. Diese Offiziere haben mit Rache konspiriert. Erst ihren Wünschen nachgekommen, da er täglich nach neuen Verleerern grübt, und die wilmelmischen Offiziere haben nun freie Bahn für Zwang, Drill und Unterjochung.

Wer rettet das deutsche Volk?

Von Richard Müller.

Das deutsche werktätige Volk hat während des Krieges unsagbar schwer gelitten. Das alte Regime trägt die Schuld am Krieg und ist dafür verantwortlich, daß dieser Krieg bis zum Weichbluten fortgeführt worden ist. Mit Recht wurde es durch die November-Revolution beseitigt.

Das revolutionäre Proletariat sucht organisatorisch durch die Arbeiter- und Soldatenräte seine politischen und wirtschaftlichen Interessen zu wahren. Jetzt gilt es, den Krieg zu liquidieren, das zusammengebrochene Wirtschaftsleben wieder aufzurichten.

Nur wenige erfassen die volle Größe unseres Unglücks. Wer ist berufen, das neue Deutschland aufzurichten? Das ist die Frage, die sofort nach der Revolution und bis zum heutigen Tage die Aufmerksamkeit beschäftigt. Nationalversammlung — oder — Rätesystem?

Das erste Revolutionstribunal, das am 16. Dezember in Berlin zusammentrat, entschied nach hartem Kampfe zu Gunsten der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung tagt in Weimar. Große Massen des werktätigen Volkes haben diesem Parlamente ihr Vertrauen ausgesprochen. Aber jeder Tag bringt für sie neue Enttäuschung. Die Herren und Damen, die in Weimar zusammengetreten sind, vermögen keine aufbauende Arbeit zu verrichten. Es sind dieselben Geister, die im vorrevolutionären Deutschland ihr Unwesen getrieben haben, die das alte verwerfliche Regime stützten und am Unglück des deutschen Volkes mitschuldig sind. Viele Exzesshaften vermögen nicht einmal neue Weichen zu finden. Sie wenden die alten an, nur brutaler und rücksichtsloser.

„Die Nationalversammlung wird uns den Frieden bringen!“ So hieß es vor der Wahl — Ihre Großmäuschigkeit gegenüber der Entente und die Anwendung der alten militärischen Gewaltmittel hat uns verschärft Waffenstillstandsbedingungen, aber keinen Frieden gebracht.

„Die Nationalversammlung wird uns Arbeit und Brot bringen!“ Das deutsche Unternehmertum, dessen Existenz in Weimar gesichert wird, legt ohne Grund die Produktion still und macht Millionen deutscher Arbeiter arbeitslos. Kein Wunder, wenn die Entente sich weigert, mit einem Volke, das so regiert wird, den Handel aufzunehmen und Lebensmittel zu liefern.

Das deutsche Volk steht am Abgrund. Wenn wir nicht produzieren, wenn wir nicht Werte schaffen, sind wir verloren. Das deutsche Volk will arbeiten und wird arbeiten. Es will sich ein neues Staatswesen schaffen, das nicht die Gebrechen des alten trägt, sondern den Aufstieg zur höchsten Kultur gewährt. Gebt dem Volke die Garantien für ein sozialistisches Deutschland, dann schafft ihr Arbeitsfreude und neuen Lebensmut! Wer aber glaubt, das alte kapitalistische, militaristische Deutschland wieder aufbauen zu können, wer glaubt, die Arbeiter mit Kanonen und Minenwerfern zur Arbeit zu zwingen, der wird bittere Enttäuschung erleben und ist verantwortlich für den Untergang des deutschen Volkes.

Heute zeigt sich immer deutlicher, daß unser Unternehmertum kein Interesse am Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens hat. Die Produktionsmittel werden stillgelegt ohne zwingenden Grund. Nur weil der Profit nicht höher ist. Rohmaterialien werden verschoben, um später zu Wucherpreisen auf den Markt geworfen zu werden. Der Bau von Verkehrsmitteln ist nicht rentabel genug. Auch Kohlen werden dafür nicht genügend zur Verfügung gestellt. Aber Luxusartikel bringen noch Profit. Der Produktion dieser überflüssigen Gegenstände stehen auch Kohlen zur Verfügung.

Während die Nationalversammlung in Weimar tagt, geht unser Wirtschaftsleben vollständig zugrunde. Die Arbeiterschaft muß selbst die Produktion in die Hand nehmen; Hand- und Kopfabbeiter müssen aus ihren Reihen Arbeiterräte wählen, die die Leitung der Produktion übernehmen.

Nicht die Nationalversammlung, sondern das Rätesystem kann Deutschland retten!

Wohl muß das Räteystem anders aufgebaut werden, als es heute der Fall ist. In der Wochenchrift „Der Arbeiter“ habe ich ausführlich darüber geschrieben. Ich werde im Nachstehenden einen Auszug über den künftigen Aufbau des Räteystems bringen, das selbstverständlich nur ein Gerippe darstellt, welches noch mit Fleisch und Blut versehen werden muß. Hier stehen wir vor neuen Aufgaben, zu deren Lösung jeder beitragen soll, der zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß wir nur auf diesem Wege das deutsche Wirtschaftsleben aufrichten können. Meine Vorschläge bedürfen sicherlich noch der Erläuterung. Um die öffentliche Diskussion über diese wichtige Frage in Fluß zu bringen, mache ich sie. Ich halte mich zunächst nur an die rein wirtschaftlichen Funktionen der Arbeiterräte. Ueber die politische Betätigung kann später gesprochen werden.

Die Arbeiterräte als die revolutionären Organe des Proletariats müssen die Nerven des gesamten Wirtschaftslebens werden. Ueberall, selbst die unscheinbarsten Funktionen übernehmend, müssen sie zusammenhängen und einen starken, leistungsfähigen Hauptnerz bilden. Dieses Nervensystem darf nicht starr, nicht festes werden, sondern muß sich ständig sich bewegendes, fließendes, alles Ungeeignete ausschleudendes Gebilde sein.

Der organisatorische Aufbau der Arbeiterräte wird bedingt durch die zu lösenden Aufgaben. Industriegruppen und Berufsorganisationen müssen die Grundlage bilden. In allen Betrieben sind Betriebs-, Berufs- oder Bauernräte zu wählen. Jede in sich abgeschlossene Abteilung eines Produktionsbetriebes wählt sich einen oder, falls die Ueberwachung der Abteilung es erfordert, mehrere Betriebsräte. Diesen Betriebsräten liegt es ob, für eine dem Allgemeinwohl dienende Produktion zu sorgen. Nicht nur die Kontrolle und Ueberwachung der Produktionsmittel ist notwendig, sondern daselbe gilt auch für die in der Abteilung beschäftigten Personen. Die sozialistische Produktionsform erfordert auch die zweckmäßigste und vollkommenste Erfassung der menschlichen Arbeitskraft. Die Betriebsräte unterliegen der ständigen Kontrolle ihrer Wähler und dürfen nur solange ihre Tätigkeit ausüben, als sie das Vertrauen derselben besitzen.

Die Betriebs- oder Berufsräte einer örtlichen oder zu einem Wahlkörper zusammengeschlossenen Industrie- oder Berufsgruppe treten zusammen und wählen die Arbeiterräte, die der Betätigung des im Wahlkörper erfahrenen Personen bedürfen. Den Arbeiterräten liegt es ob, den technischen und kaufmännischen Betrieb zu kontrollieren und zur Leitung des Betriebes geeignete Personen heranzuziehen. Sie tragen die Verantwortung für die Leitung des gesamten Produktionsprozesses der ihnen unterstellten Betriebe und können jederzeit durch ein Misstrauensvotum der Betriebs- oder Berufsräte oder der in dem Betriebe tätigen Personen abberufen werden.

Die gesamte Arbeiterräte einer zu einem Bezirk zusammengeschlossenen Industrie- oder Berufsgruppe treten zusammen und wählen ein Mitglied zu dem für den Bezirk und für diese Gruppe zuständigen Bezirks-Wirtschaftsrat. Der Bezirks-Wirtschaftsrat wählt den Reichs-Wirtschaftsrat. Der Reichs-Wirtschaftsrat gibt sich zur Leitung der Geschäfte einen Zentralrat.

Das gesamte Reichsgebiet ist in Wirtschaftsbereiche zu gliedern. J. B. könnte Groß-Berlin, die Kreise Teltow-Niederbarnim und Potsdam-Osthavelland, einen Wirtschaftsbereich bilden. Die Industriegruppen dieses Bezirkes (Holzarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter usw.) sowie die Gruppen des Handels und Gewerbes (Banken, Kaufleute usw.) wie auch des Verkehrs (Eisenbahn, Post usw.), und der Land- und Forstwirtschaft, des weiteren auch die freien Berufe (Ärzte, Juristen, Schriftsteller usw.) wählen je einen Vertreter zum Bezirks-Wirtschaftsrat. Der Bezirks-Wirtschaftsrat wählt einen Vertreter zum Reichs-Wirtschaftsrat. Die Mitglieder des Bezirks- wie auch des Reichs-Wirtschaftsrates können jederzeit von ihren Wählern abberufen werden, desgleichen auch die Mitglieder des Zentralrats.

Der Reichs-Wirtschaftsrat ist berufen, alles zur Sicherung und Aufrechterhaltung des gesamten Wirtschaftslebens Erforderliche zu veranlassen. Er arbeitet Gesetze und Verordnungen aus, die der Nationalversammlung unterbreitet werden, wie auch alle Gesetze, die von der Nationalversammlung ausgeht, werden, dem Reichs-Wirtschaftsrat zu unterbreiten sind. Der Reichs-Wirtschaftsrat regelt die gesamte Produktion für das Reich und verteilt die Aufträge gleichmäßig an die Bezirke. Die Bezirks-Wirtschaftsräte regeln die Produktion im Bezirk und teilen die vom Reichs-Wirtschaftsrat erhaltenen Aufträge den Betrieben im Bezirk zu und treffen auch sonst selbständig alle für den Bezirk erforderlichen Maßnahmen.

Wenn in Deutschland das Räteystem auf dieser Grundlage aufgebaut wird, wenn das gesamte werktätige Volk Organenheit hat, selbst seine Geschäfte zu schlichten, wenn die Garantien für den Aufbau des sozialistischen Staatswesens gegeben werden, dann ist der Weg frei, der herausführt aus dem Meer von Blut und Tränen.

Die Tätigkeit der Arbeiterräte auf politischem Wege ist gleichfalls notwendig. Der Aufbau der politischen Organisation der Arbeiterräte bleibt der Zukunft überlassen. Das wichtigste ist jetzt die Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens. Das erreicht man aber nicht, wenn man, wie „Die Rote Fahne“ immer und immer wieder ausruft: „Alle Macht den Arbeitern und Soldaten“, sondern, wenn man mit den gegebenen Tatsachen rechnet und aufzubauen versucht, wie es von den Arbeiterräten der U. S. P. D. versucht wird.

Die Lage im Ruhrrevier.

Der Generalkrieg ist nunmehr auch in Düsseldorf für beendet erklärt worden. Der Vollzugsrat hat das Wiedererschließen der Zeitungen, die während des Generalkriegs verboten waren, gestattet. Am Sonnabend haben zwischen den Vertretern der U. S. P. D. und dem Generalkommando in Münster neue Verhandlungen stattgefunden. In den angenommenen Bedingungen wird den Regierungstruppen gestattet, die Linie Vortrop-Bladder-Duer zu besetzen. In Vortrop sind die Regierungstruppen bereits am Sonntag vormittag eingedrungen, ohne Widerstand zu finden. Der Spartaistenführer Paul Jermel wurde festgenommen und auf dem Transport nach dem Gefängnis, angeblich, weil er sich widersetzt, erschossen.

Das Generalkommando in Münster, das von Herrn Koste unangehörige Vollmachten hat, erklärt, daß die Regierungstruppen erst nach erfolgter Erfüllung der gestellten Bedingungen

aus dem Industriegebiet zurückgezogen wurden. Die bürgerliche Presse hebt unterdessen zu einem weiteren Boremarich auf. Auch die offiziellen „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ des Herrn Postfischer arbeiten in diesem Sinne.

Die Einigung bestätigt.

München, 23. Februar. (Privattelegramm der „Freiheit“.) Am Sonntag vormittag tagte im Münchener Kolosseum die Wahlkreisversammlung der U. S. P. und der Reichssozialisten, die sich dem Entwurf über die Einigung des Proletariats in allen Punkten vorbehaltlos angeschlossen hatte.

Die von der Kommission zur Wiederherstellung der Einheit unter den sozialdemokratischen Parteien getroffene Vereinbarung, ist gestern auch von den Organisationen anerkannt worden. Damit ist die Möglichkeit gegeben, alle Versuche der Reaktion und des Bürgerkriegs, die Lage für sich auszunutzen, entgegenzutreten. Der bürgerlichen Presse ist diese Lösung sehr unangenehm. Ihre Spalten sind angefüllt mit Nachrichten über Gewaltakte, Revolten und Bürgerkrieg in München. Aber alle diese Nachrichten sind unwahr. Die Stadt ist vollkommen ruhig, Plünderungen haben nicht stattgefunden. Trotzdem ist zur größeren Sicherheit und zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe der Belagerungszustand verhängt worden. Die bürgerliche Presse läßt aber wieder den dringenden Wunsch erkennen, die Regierung solle mit Waffengewalt einschreiten. Von den Berliner Zeitungen ist es besonders die „Vossische Zeitung“, die hemmungslos gegen die Beschlüsse der Einheitskommission hetzt. Sie behauptet, nicht die Ermorung Eisners, wohl aber der Anschlag gegen die Nationalversammlung sei ein von langer Hand vorbereitetes Komplott! Obwohl die Behauptung der Presse nur zu ihrem eigenen Schutz geschieht ist, und die von der Kommission zur Herstellung der Einheit beschlossenen Grundzüge die Pressefreiheit ausdrücklich anerkennen, wagt es das Blatt, von einer Verächtlichmachung der Pressefreiheit zu sprechen und sucht den Rechtssozialisten einzureden, ihre Beteiligung an der Regierung würde eine Preisgabe des Sozialismus bedeuten.

Wohlwollend äußert sich die „Vossische Zeitung“, die in offensichtlichstem Widerspruch zu den Tatsachen behauptet, daß die Rechtssozialisten von der Beteiligung an der Regierung ausgeschlossen werden sollen, und daß die eigentliche Führung in München in den Händen der „Spartakisten“ und „Kassechampsolittiker“ liege. In Wirklichkeit ist der Anhang der Kommunisten in München gering und die Führung der Bewegung durch sie höchst unwahrscheinlich. Aber die bürgerliche Presse will den Eindruck erwecken, als ob das Einschreiten der Regierung mit Waffengewalt nötig sei.

Aber auch der „Vorwärts“ ist mit der Lösung, die die Einigung des Proletariats gebracht hat, nicht einverstanden. Er meint, daß dieser Beschluß unter dem Druck einer augenblicklichen Situation entstanden sei und nicht von allen „unter voller Wahrung ihrer Entschlossenheit“ gefaßt wäre. Er bleibt damit nur seiner verräterischen Haltung treu, die er stets befehlet hat, wenn die Einigung der Arbeiter gegen die rechtssozialistischen Führer erfolgte. Aber die Arbeiterkraft wird ihre Einigkeit auch gegen die rechtssozialistischen Führer durchsetzen wissen.

An die Proletarier aller Länder!

Der bayerische Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat verbreitet durch Funkpruch folgenden Aufruf:

„Ein ruchloser Mord ist von den Vertretern des feudalen deutschen Militarismus an dem Führer der bayerischen Revolution, Kurt Eisner, begangen worden. Das bayerische Proletariat hat sich einmütig erhoben zum Schutze der Revolution. Die sozialistische Einheitsfront ist lebendige Wirklichkeit geworden. Wir haben zur Durchführung der großen Menschheitsziele die Diktatur des Proletariats und der revolutionären Bayernproklamiert. Das bayerische Proletariat reißt Euch die Bruderhand und appelliert an Euch im Namen des Sozialismus, und in unserem schweren Kampfe zu unterstützen, und mit uns für einen Frieden zu arbeiten, der dem deutschen Proletariat die Lebensmöglichkeit verschafft. Das bayerische Proletariat wird der Welt beweisen, daß es Vertrauen zu Euch hat und wird in Bayern den Militarismus mit der Wurzel ausrotten. Kurt Eisner ist tot, aber lebendiger denn je ist sein Geist in den Massen des bayerischen Proletariats.“

Der Münchener U., S. und S.-Rat.

Ueber die Tagung des Münchener U., S. und S.-Rats geht telegraphisch nach folgender Bericht zu:

Die Versammlung der U., S. und S.-Räte Münchens tagte am Sonnabend nachmittags im Deutschen Theater. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Zentralrat im Landtag zur Besprechung der politischen Lage tagt. Das allerwichtigste sei die Bewaffnung des Proletariats. Er teilte folgenden Antrag mit: Es soll die Räterepublik proklamiert werden. Eine außerordentliche Kommission ist einzusetzen zur Bekämpfung der Gegenrevolution, ebenso ein Revolutionsgericht, das nur aus Mitgliedern der U. S. und S.-Räte bestehen darf. Die bayerischen Mitglieder der Nationalversammlung sind sofort zurückzuführen. Ein weiterer Antrag verlangt die sofortige Bildung einer roten Garde.

In der Debatte, die oft recht erregt wurde, forderte ein Redner, daß diese Anträge nicht unter Beiseiteziehung des Rätekonferenz verhandelt werden, was der Vorsitzende als selbstverständlich zugab. Unschlüssig gab er bekannt, daß der Zentralrat sich mit folgenden Punkten beschäftigt: 1. Die gesamte Münchener Presse ist im Besitz der revolutionären Arbeiterräte. Die Presse im übrigen Bayern ist sofort zu besetzen. 2. Sie steht unter Vorkaufsrecht. 3. Druckerereien, die unkontrolliert drucken, werden geschlossen. 4. Nichtbayerische Zeitungen werden in Bayern nicht zugelassen, ausgenommen die sozialistische Presse.

Ein Antrag, über diese Vorschläge des Zentralrats ohne Diskussion zur Tagesordnung überzugehen, da die Einigungspunkte unannehmbar seien, wurde mit überwiegen-

der Mehrheit abgelehnt. Der die sofortige Bewaffnung fordernde Antrag wurde einstimmig angenommen.

Gegen Schluß der Sitzung fand der Antrag Wabler auf Befreiung der bayerischen Räterepublik mit samt den in diesem Antrag enthaltenen Punkten einstimmig Annahme.

Der Rätekonferenz einberufen.

München, 23. Februar. (Privattelegramm der „Freiheit“.) Der Zentralrat hat die sofortige Einberufung des Rätekongresses beschlossen.

Der Generalkrieg beendet.

München, 23. Februar. (Privattelegramm der „Freiheit“.) Der Generalkrieg ist heute abend beendet; morgen früh soll die Arbeit überall aufgenommen werden.

Die Eindämmung Eisners.

Wie wir erfahren, findet die Eindämmung Kurt Eisners auf dem Ostfriedhof in München statt. Auswärtige Delegationen können Zutrittskarten zur Trauerfeier im Ministerium des Innern in München erhalten.

Die Untersuchung eingeleitet.

München, 23. Februar. Der Zentralrat der Republik Bayern hat nachstehende Bekanntmachung erlassen: Laut Beschluß des Zentralrats sind zum Schutze der Revolution bestimmte Persönlichkeiten als Geiseln in Schutzhaft gesetzt worden. Die Sicherheit der Verhafteten wird verbürgt, solange keine Attentate aus gegenrevolutionären Bestrebungen unternommen werden.

Das Volksgeschicht bei dem Landgericht München I veröffentlicht eine Bekanntmachung, daß aus Anlaß der Attentate auf die Minister Eisner und Kuer sowie der Tötung des Endlagabgeordneten Osel sofort eingehende Erhebungen eingeleitet worden sind. Um die Möglichkeit zu schaffen, dem Verfahren eine öffentliche Gestalt zu geben, wird auf Veranlassung des Justizministeriums je ein Vertrauensmann der Unabhängigen und der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) zu allen eigenen sozialdemokratischen Partei, der Reichssozialistischen Untersuchungskommissionen ausgesprochen.

Minister Kuer ist noch am Leben, doch ist sein Zustand nach wie vor ernst.

Der Eindruck im Reich.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erhält folgendes Privattelegramm:

Essen, 24. Februar. In einer Versammlung aller Soldatenräte des Korpsbereichs, die im Rathhausaal stattfand, und von 84 Garnisonen besetzt war, wurde der Ministermarsch in München bekanntgegeben. Alle 120 Vertreter erhoben sich von ihren Sitzen und ließen laute Hurrahs aus. In längerer leidenschaftlicher Aussprache wurden lebhaft Klagen gegen die Tätigkeit des Reichswehrministers Koste gefaßt. General Haerder verurteilt und ein neuer Kommandoerlass gefordert; ebenso die unbedingte Entlassung des Jahrgangs 00. die endgültige Beseitigung des Militarismus und die Herbeiführung des Friedens.

Das Ausland über Eisner.

Amsterdam, 23. Februar. Die Pariser Presse bespricht die Ermordung Kurt Eisners und hebt hierbei besonders den gegenrevolutionären Charakter des Anschlages hervor. „Humanité“ stellt mit Beforgnis fest, daß durch die Ermordung die Zukunft der deutschen Revolution in Gefahr sei. „Somme libre“ schreibt: „Wenn man seinen Blicken über das Verbrechen ausgesprochen haben wird, wird man dabei nicht vergessen dürfen, daß der Mord um so gewaltvoller ist, als eine der letzten Persönlichkeiten des neuen Deutschland sein Opfer geworden ist. Eisner war eine Persönlichkeit, in die das deutsche Volk bei den schweren Aufgaben für seine Zukunft und Wiederaufrichtung seines Landes in neuer, besserer und freierer Form Vertrauen setzen konnte.“

Briss, 22. Februar. Die Vorgänge in München haben in der Schweiz große Erregung hervorgerufen. Ueberall wird das Attentat aufs schärfste verurteilt und als ein Zeichen der schweren Erkrankung der deutschen Volkseele angesehen. Die Persönlichkeit Eisners selbst findet, soviel man auch gegen seine Politik anzuführen hat, vorwiegend sympathische Beurteilung.

Bern, 22. Februar. Der Pariser Korrespondent des Berner „Lund“ drückt: Die Pariser Konferenzreise erwidern in der Ermordung Eisners durch einen Offizier einen Beweis dafür, daß die Lage in Deutschland noch nicht geklärt sei. Die Berner „Tagwacht“ vermutet ebenfalls, daß die Entsendung diplomatischer aus der Ermordung Eisners Kapital schlagen und mit dem Hinweis auf die monarchische Tendenz des Putschs das Misstrauen gegen Deutschland schüren werde.

Belagerungszustand in Baden.

In Mannheim ist es am Sonnabend im Anschluß an eine große Massen demonstration, die als Protest gegen die Ermordung des Genossen Kurt Eisner veranstaltet wurde, zu Ausschreitungen gekommen. Es wurde das Bundesgefängnis gestürmt und die politischen Gefangenen befreit. Auch auf das Amtsgericht wurde ein Sturm unternommen, die Affen auf die Straße geworfen und verbrannt. Die bayerische Regierung hat diesfalls über das ganze Land den Belagerungszustand verhängt. Sämtliche bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Rechtssozialisten und der Arbeiter- und Soldatenräte haben die Maßnahmen der Regierung gebilligt.

Regierungstruppen in Hanau.

In Hanau ist es vorige Woche mehrfach zu Unruhen gekommen. Obwohl die Sicherheitswehr der Lage Herr geworden war, sind Regierungstruppen in die Stadt eingerückt und haben den Belagerungszustand verhängt. Obwohl die Anwälte unpolitischer Natur waren, haben die Regierungstruppen die Hanauer Führer der U. S. P. verhaftet. Ein Mitglied des Frankfurter Marineüberwachungsamtes wurde ebenfalls festgenommen.

men, ebenso die Führer des Frankfurter Marinefischerdienstes, die nach Genua gekommen waren, um über die Freilassung des verhafteten Mitgliedes zu verhandeln. Daraufhin wurden als Repressalie in Frankfurt a. M. sämtliche Offiziere verhaftet. Erneute Verhandlungen führten daraufhin zur Freilassung der verhafteten Marineangehörigen.

Die neue Reichswehr.

Das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr ist als Initiativantrag der Wodpartien und der Deutschen Volkspartei der Nationalversammlung gegangen. Durch die Einbringung als Initiativantrag soll erreicht werden, daß das Gesetz schnellstmöglich beschließen werden kann. Es muß zugegeben werden, daß die Regierung recht damit hat, daß eine Regelung des militärischen Chaos höchste Zeit ist und wir verstehen, daß ihr eine Kritik des Gesetzes sehr unangenehm sein muß. Der Entwurf des Gesetzes hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der Reichspräsident wird ermächtigt, das bestehende Heer aufzulösen und eine vorläufige Reichswehr zu bilden, die bis zur Schaffung der neuen Reichswehr zu ordnenen Wehrmacht die Reichsgrenzen schützt, den Anordnungen der Reichsregierung Geltung verschafft und die Ruhe und Ordnung im Innern aufrecht erhält.

§ 2. Die Reichswehr soll auf demokratischer Grundlage unter Zusammenfassung bereits bestehender Freiwilligenverbände und durch Anwerbung von Freiwilligen gebildet werden. Bereits bestehende Volkswedern und ähnliche Verbände können ihre Angehörigen werden. Offiziere und Unteroffiziere aller Art und Beamtenpersonal des bestehenden Heeres, sowie dessen Einrichtungen und Behörden können in die Reichswehr übernommen werden.

§ 3. Die Angehörigen der Reichswehr gelten für die Dauer ihrer Zugehörigkeit als Heeresangehörige im Sinne der reichsgerichtlichen Vorschriften.

§ 4. Regelt die Anwendung des Gesetzes auf Bayern und Württemberg.

§ 5. Das Gesetz tritt mit dem 31. März 1920 außer Kraft. Zu dem Gesetz ist im einzelnen zu bemerken, daß die Reichsbefugnisse des sozialistischen Präsidenten, die denen des Kaisers in der Monarchie gleichen, recht befremdlich anmuten. Die ihm im § 1 zugewiesene Rechte sind in einer wahren Demokratie Sache der Volksvertretung. Die in § 2 erwähnte „demokratische“ Grundlage der Reichswehr erscheint recht unsicher. Jedenfalls ist eine genaue Definition hierfür dringend erw. wertig.

Berner muß schon jetzt erklärt werden, daß eine Verschmelzung dieser als Polizeitruppe gebachten Reichswehr mit der späteren demokratischen Wehrmacht wünschenswert ist für eine solche wäre, da der Geist der Polizei um der vollstendenden Soldaten in diese übernommen und die Wehrmacht damit wieder zur Plage der Völker werden würde. Soldnerium und Demokratie sind unvereinbar miteinander. Darum kann die neue Reichswehr keine ernsthaft demokratische Grundlage haben, um ganz zu schweigen von sozialistischen Tendenzen, die von dieser Regierung ohnehin nicht zu erwarten waren. Unbedingt zu fordern wäre aber trotzdem, daß auch in dieser Soldnertruppe den Soldaten das Ablehnungsrecht der Vorgesetzten durch ermächtigte Vertretungskörperschaften der Mannschaften gegeben werde. Ein Beschwerderecht kann dies nicht ersetzen.

In dem Entwurf fehlt jeder Hinweis auf eine Übertragung der Kommandofunktion der nur noch zu Liquidations- und Verwaltungszwecken erforderlichen Generalkommandos auf die Zivilbehörden, die schon jetzt dringend erforderlich wäre.

Im großen und ganzen macht die Vorlage offiziell den Anfang damit, aus den Trümmern der alten Armee eine Grenzwehr und Polizeitruppe zu schaffen, was sie tatsächlich schon seit Anfang des Jahres geworden ist. Leider ist noch in keiner Weise zu ersehen, daß man die Konsequenzen aus der Neuorientierung der Armeeübernahme zieht und die Absicht erkennen läßt, aus dieser noch militärischen Truppe mit der Zeit erklärte Polizei- und Gendarmerietruppen zu machen, die dem Ministerium des Innern zu unterstellen wären. Die Polizei wäre unter Möglichkeit der Verstärkung durch Freiwillige zu einer kommunalen, die Gendarmerie zu einer Landes- und Reichsangelegenheit zu machen.

Das rechtssozialistische „Hamburger Echo“ schreibt zu der Ankündigung des Gesetzes über die neue Reichswehr:

Eine Volkswehr, wie wir sie fordern, wäre dies natürlich nicht. Darum heißt es in uns, daß ein solches Wehrgesetz die Zustimmung der Sozialdemokratie in der Nationalversammlung finden würde. Jedenfalls muß die Forderung der Schaffung einer wirklichen Volkswehr jetzt recht erhoben werden.

Wie der Initiativantrag seiner Freunde zeigt, erlebt das „Hamburger Echo“ auch in dieser Frage eine herbe Enttäuschung.

Zum Regierungswechsel in Braunschweig.

Der gestern angekündigte Regierungswechsel in Braunschweig ist das Ergebnis der Einigungsverhandlungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen, über die wir kürzlich berichteten. Der Landes- und Soldatenrat billigte das abgeschlossene Kompromiß und stimmte den als Produkt der Einigungsverhandlungen vorgelegten Weisungen zu, insbesondere auch einem vorläufigen Verfassungsentwurf zu.

Zu diesem Einigungsabstufung schreibt der „Braunschweiger Anzeiger“, das Organ der sozialistischen Regierung:

„Es hat ziemlich heftige Kämpfe gekostet, ehe es zu der Einigung kam. In der Sitzung des Landes- und Soldatenrats bedauerten alle Redner des linken Flügel, daß das Kompromiß so große Zugeständnisse erfordere, einige Redner, so Genosse Werges, lehnten überhaupt ab, sich an dem Kompromiß zu beteiligen. Schließlich aber wurden die Vorlagen doch mit erheblichen Mehrheiten angenommen, die zwar den A. und S. Rat befriedigen lassen und verfassungsmäßig anerkennen, aber ihn doch aus der obersten gesetzgebenden Macht zu einem lediglich mit Vetorecht ausgestatteten Kontrollorgan machen.“

Die wichtigsten Punkte der angenommenen Verfassung, die die Grundlage der neuen sozialistischen Regierung bildet, lauten:

§ 2. Alle Macht ruht bei dem braunschweigischen Volke. Sie wird ausgeübt von der Landesversammlung, dem Landesparlament, dem Rat der Volksbeauftragten und den ständigen Arbeiter- und Soldatenräten.

§ 3. Die am 22. Dezember 1918 gewählte Landesversammlung hat die Aufgabe, dem Lande eine Verfassung zu geben, die Handlungen, Gesetze und Verordnungen der vor-

läufigen Regierung nachzuprüfen, sowie sonstige dringende Landesgesetze zu beschließen, auch den Rat der Volksbeauftragten zu wählen und zu beaufichtigen. Sie übt die oberste gesetzgebende Gewalt im Lande aus.

§ 4. Neben der Landesversammlung besteht ein Landesparlament. Dem Landesparlament liegt ob, die Sozialisierung vorzubereiten. Ihm steht das Recht zu, gegen Beschlüsse und Gesetze der Landesversammlung Einspruch zu erheben. Die Beschlüsse und Gesetze sind ihm mitzuteilen. Wird Einspruch erhoben, so soll zwischen Landesversammlung und Landesparlament eine Einigung versucht werden. Kommt eine Einigung nicht zustande, so hat der Rat der Volksbeauftragten unterzählig eine Volksabstimmung entscheiden zu lassen. Wird binnen zwei Wochen, nachdem die Beschlüsse und Gesetze dem Landesparlament mitgeteilt sind, Einspruch nicht erhoben, erlischt das Einspruchsrecht.

Außer der Verfassung ist auch ein Gesetz über Arbeiterräte angenommen worden, das die Stellung der Arbeiterräte fest vorankert und ihnen einen Soden für die Ausübung ihrer wichtigen staatsrechtlichen Befugnisse schafft. Alles in allem bietet die Braunschweiger Verfassung einen höchst bedeutsamen Versuch einer Verbindung des Prinzips des Räte Systems mit dem der Demokratie. Man wird die Ergebnisse dieses Versuchs mit größtem Interesse verfolgen müssen, — unbefürchtet um die abqualitäten und schablonenhaften Angriffe, die die „Rote Fahne“ gegen die Braunschweiger Einigung richtet.

Ein unterdrücktes Telegramm.

Die „Neue Berliner“ veröffentlicht ein Funkgramm, den die russische Regierung am 11. Februar an die deutsche Regierung richtete. Es heißt darin unter anderem:

„Es ist der russischen Sowjetregierung wohl bekannt, daß in Deutschland die gängliche falsche Vorstellung verbreitet wird, als ob das deutsche Volk von einer russischen Invasion bedroht wäre. Die russische Sowjetregierung erklärt den deutschen Völkern feierlich, daß sie keine Invasion und überhaupt keinen Angriff gegen Deutschland auch im entferntesten im Sinne hat, und sie rednet darauf, daß die deutsche Regierung diese Erklärung vor dem deutschen Volke nicht geheimhalten wird.“

Die russische Regierung rechnete falsch: Die deutsche Regierung hat ihre Erklärung bis auf den heutigen Tag noch nicht veröffentlicht.

„Weshalb werden solche Rundgebungen einer auswärtigen Macht verheimlicht?“ fragt die „Neue Berliner“. Wir wollen es ihr sagen: Weil die deutsche Regierung ein Interesse daran hat, die Wahrheit zu verheimlichen, weil sie bereits genau so läßt wie ihre Vorgängerinnen, die Sudendorff-Regierungen.

Wenn Frau Präsidentin reist.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Der „Vorwärts“ ist der Ärgert darüber, daß von der bürgerlichen Presse gemeldet worden ist, Frau Ebert habe in einem für sie reservierten Salonwagen nach Weimar. Der „Vorwärts“ behauptet, Frau Ebert sei nur eingeladen worden, in einem solchen Wagen mit Platz zu nehmen. Das entspricht nicht den Tatsachen, denn, wie von uns mitgeteilt, sind in einem amtlichen Bahntelegramm die Eisenbahnstationen ausdrücklich angewiesen worden, die sonst im Salonwagen sitzenden Regierungsvertreter nach dem Wagon für Abgeordnete und Presse zu verweisen, da Frau Ebert der Salonwagen zur alleinigen Benutzung vorbehalten werden solle. Die Herrschaften von der sozialistischen Regierung scheinen jedoch sehr nervös zu werden, wenn in der bürgerlichen Presse Nachrichten veröffentlicht sind. Man kann es begreifen, daß es die Leute in der Öffentlichkeit verärgern haben möchten, wenn sie sich mit den Klären der von ihnen geschmähten wilhelminischen Zeitperiode umgeben.

v. Prehewitz — „Genosse“!

Leutnant v. Prehewitz, fernerzeit von Herrn Kocke als Unterhändler zwischen der gegen Bremen kämpfenden Division Werthenberg und der Reichsregierung bestellt, hat entdeckt, daß auch für einen Junker alten Schlages Platz in der sozialistischen Bewegung ist. Allerdings nur in der Bewegung, die von Herrn Kocke inszeniert und von ihm und seinen Parteifreunden „sozialistisch“ genannt wird.

Dieser Prehewitz hat sich in klarem Erkenntnis der Sachlage den Rechtssozialisten angeschlossen, er ist „Genosse“ geworden. Im „Arbeiter Volksblatt“, dem Organ der Rechtssozialisten, veröffentlicht er einen Artikel, in welchem er zeigt, daß er seinen neuen Gefinnungsfreunden alle Ehre macht. Ruffen und Sozialistenjuben, meint er, hätten in Berlin die Meinheit der Revolution bestiftet, würde, maßlos verhehrt haufen vor dem Reichstagspalast den Tod der Kaiserin gefordert, welche berufen gewesen wären, die sozialistische Republik aufzubauen.

v. Prehewitz hat die sozialistische Republik dann gerettet. Wie tief wir mit dieser „Aktion“ in den Sozialismus hineingekommen sind, das bekennt uns das Gebot der Weimarer Herren mit jedem Tag aufs neue. Unter dem schirmenden Dache dieser „sozialistischen“ Republik fühlen sich die Prehewitze so wohl, daß sie sogar — „Genosse“ werden.

Die Arbeiterbewegung in England.

London, 22. Februar. Die Bergarbeiter der verschiedenen Distrikte haben sich nach einer Neutermelung mit überwältigender Mehrheit für den Streik ausgesprochen.

London, 21. Februar. Einer Neutermelung zufolge erklärt Lord George einer Konferenz der Bergarbeiter, daß die Regierung augenblicklich für die Bergwerke verantwortlich sei und, wenn es zu einem Konflikt kommen würde, es nicht, früher, ein Streit zwischen Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern, sondern zwischen einer Industrie und dem gesamten Staate sein würde. Gewaltandrohung von irgendeiner Seite sei kein rationales Mittel, um zu einer Übereinkunft zu kommen. Zunächst müßte ein Tribunal errichtet werden, um die Ursachen zu untersuchen, und dieses Tribunal müsse das Vertrauen der Bergarbeiter und des gesamten Landes besitzen.

Die französischen Gewerkschaften fordern den Achtstundentag.

Paris, 22. Februar. Die Confédération Générale du Travail verlangt die Einführung des Achtstundentages und seine Festlegung auf der Arbeitskonferenz.

Gewerkschaftliches.

Warum fahren die deutschen Seeleute mit den Schiffen zwecks Einfuhr von Lebensmitteln nicht aus?

Im Namen der Seeleute von Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Emden und Lübeck ist der Bevollmächtigte Adolf Jähns des Deutschen Seemannsbundes nach Berlin gekommen, um am gestrigen Vormittag in einer überfüllten Kaffeeversammlung in der Neuen Philharmonie eine Antwort auf obige Frage zu geben. Der Referent ging von der Tatsache aus, daß die Seeleute, die als Matrosen bei dem Umbruch im November an erster Stelle standen, jetzt nach ihrer Entlassung aus dem Vorratsdienst Arbeitsverhältnisse vorfinden, die weit hinter denen anderer Arbeiterkategorien zurückbleiben. Während die Seeleute noch wochenlang nach dem Abschluß des Waffenstillstandes bei der Truppe blieben, um die Erfolge der Revolution zu sichern, hat die Sektion der Seeleute des Deutschen Transportarbeiterverbandes nicht nur nichts getan, um die wirtschaftliche Lage der Seeleute den veränderten Verhältnissen anzupassen, sondern sie hat durch ihren Vorsitzenden Paul Müller am 23. November die seemannsständigen Arbeiter dem Rederkapital wehrlos ausgeliefert — durch Unterzeichnung eines Tarifes, der bedeutend niedrigere Lohnsätze enthält als die Gewerkschaftenunterstützung vorsieht. Zudem wurde in diesem Vertrage an der alten Seemannsordnung, der Pfandzusage des seemannsständigen Seemanns festgehalten. Ein Sturm ehrlücher Entrüstung ging darauf durch die Reihen der Seeleute gegen jene Organisation und ihre Leiter, der zum Austritt aus dem Transportarbeiter-Verbande und zur Gründung des Deutschen Seemannsbundes führte, der heute schon 18 000 Mitglieder umfaßt. Zur Frage der Lebensmittelfuhrung Deutschlands übergehend, gab der Redner die Erklärung ab, daß die Seeleute bereit sind, sofort in See zu gehen, wenn ihnen bei ihrem künftigen Beruf die Erlaubnis zugestimmt wird, die der Arbeiter an Land erhält. Sie verlangen eine Grundsteuer von 200 Mark und 50 Mark Zulage neben freier Verpflegung an Bord, die ihnen von der Regierung mit 135 Mark berechnet wird. Bei einer achtstündigen Arbeitszeit würde der Seemann somit einen Stundenlohn von 1,07 Mark erhalten. Die Redner sind es, die durch Verweigerung dieser gerechten Forderung das Ausfahren der Schiffe verhindern, die sich in ihrer ablehnenden Haltung auf die Sektion der Seeleute des Transportarbeiter-Verbandes stützen. Außer dem sollen die Seeleute an der Kontrolle der Seemannsliste durch den Seemannsbund fest. Eine Parität kann es hier nicht mehr geben. Bis Mittwoch soll noch mit den Redern verhandelt werden, ist bis dahin eine Verständigung nicht erzielt, dann wird das gesamte deutsche Proletariat aufgerufen zu Solidaritätskundgebungen für die um ein menschenwürdiges Dasein kämpfenden Seeleute.

Sämtliche Distriktsredner erwähnten die Seeleute, von ihren Forderungen nicht abzulassen, und versicherten ihnen die volle Sympathie der Berliner Arbeiterklasse. Es wurde ihnen aufgegeben, in ihr Programm die Forderung aufzunehmen, nur unter der Bedingung Lebensmittel nach Deutschland zu bringen, daß eine gerechte Verteilung derselben gewährleistet ist.

Zur Bewegung der Bäcker.

Am 21. Februar tagte im Klubhaus in der Oberstraße eine Bäckergehilfenversammlung, einberufen vom selben Bund der Bäckergehilfen Deutschlands. Der Referent Wischnowski betonte die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung, verlangte aber eine Brotpreiserhöhung von 15 Pf. pro Brot, welche das Publikum sehr gut tragen könne. In der Diskussion hielt ein Mitglied des Verbandes, Hübner, eine scharfe Rede, welche mit dem Führer des Bundes, Er sprach dem Führer der Geilten das Recht ab, im Namen der Berliner Bäckergehilfen zu sprechen, wo kaum 100 Personen erschienen waren. Darunter ein großer Teil Werbendmitglieder. Redner betonte unter dem Befehl der Mehrheit, daß die geforderte Brotpreiserhöhung von 15 Pf. bestimme Arbeit der Bäckerei sei. Die Berliner Kollegen, die bei ihren früheren Lohnkämpfen wirksam von der Berliner Arbeiterklasse unterstützt wurde, lehnt mit Entrüstung eine derartige hohe Brotpreiserhöhung ab. Folgende Resolution gelangte zur Annahme. Die heutige Versammlung beschließt, daß nicht der gelbe Bund der Bäckergehilfen bei der bevorstehenden Lohnbewegung die Interessen der Berliner Kollegen vertreten kann. Sie erkläre in der Lohnbewegung des Bundes eine Versplitterungstatist und weist diese mit Entrüstung zurück und verpflichtet sich bei der Lohnbewegung geschlossen hinter dem Zentralverband der Bäcker und Konditionen zu stehen.

Die Gastwirtegehilfen halten am Dienstag vormittag 9 Uhr in den Thorstraße in der Müllerstraße eine Versammlung ab, in der Bericht und Neuwahl der Arbeiterräte auf der Tagesordnung steht.

Groß-Berlin.

Eintrittskarten zum Parteitag.

Kassarten für den Parteitag, Galabtagskarten à 75 Pf., sind ab heute zu haben:

1. Kreis — Riedel, Petrisstr. 15.
2. Kreis — Jacobowitsch, Kreuzbergstr. 72.
3. Kreis — Hermann Schweißkardt, Reichenerger Str. 178.
4. Kreis — Kreisbureau, Königsberger Str. 27.
5. Kreis — Wilhelm Thiel, Müderstr. 7.
6. Kreis — Kreisbureau, Gerichtstr. 71.

Niederbarnim — Kreisbureau, Vichtenberg, Neue Bahnhofsstraße 31.

Teltow-Beeskow — Kreisbureau, Reußstr. 8. Der Verkauf findet dort nur bis zum 28. Februar 1919, abends, statt. Rudolf Budde.

Achtung! Arbeiter- und Soldatenräte der U. S. P. D.!

Am Dienstag, den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet eine Fraktions-sitzung der U. S. P. D. Arbeiter- und Soldatenräte im Herrenhause, Leipziger Straße, Sitzungssaal, statt. Es wird zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Fraktionsvorstand der U. S. P. D.

Lichtbildvorträge für Erwerbslose und Arbeiter.

Montag, den 24. Februar: Im Institut für Meeressunde, Georgenstraße 24/26. Dr. Behrmann über: Eine Reise durch die Alpen. — Im Königl. Realgymnasium, Elisabethstraße 57/58, Dr. Gurnis über: Was wissen wir vom Licht und seiner Geschwindigkeit? (Beginn 8 Uhr.) Eintritt 10 bzw. 15 Pf.

Die Nacht aus dem Magistral hat Herr Justizrat Professor Dr. Pösch ergriffen. Er hat sein Mandat als unbesoldeter Stadtrat niedergelegt und wird erst den Ausfall der Stadtverordnetenwahl und den Zusammenritt der neu gewählten Versammlung abgewartet. Herr Pösch gebürtig zu den Stadtteilen, die sich schwer der neuen Zeit anpassen. Solange wir keine neue Magistratsverfassung haben, wird dafür oemal werden.

